

## Von den Niederlanden lernen?

International Institute of Social History (IISH), Amsterdam, 20 January 2015



Auch in den Niederlanden betrachtet man die plötzliche Welle von Pegida-Demonstrationen mit Argusaugen. Mancher befürchtet, dass nun auch bei dem mächtigen östlichen Nachbarn eine lange Periode politischer Instabilität eintreten wird, andere sind der Meinung, dies sei der Zeitpunkt für die etablierten politischen Parteien in Deutschland, das Volk ernst zu nehmen und vernünftige Forderungen der Bewegung aufzunehmen, damit die extreme Rechte sich nicht ihrer bemächtigt. Der Vergleich mit den Niederlanden liegt auf der Hand, und möglicherweise lässt sich aus diesen Erfahrungen etwas lernen. Was sollten deutsche Politiker machen, um dem Aufstieg einer Anti-Islam-Partei vorzubeugen, jetzt, wo tausende Menschen aus verschiedenen Teilen Deutschlands unter dem Banner der *Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes* (Pegida) auf die Straße gehen?

Und was kann man aus der jüngsten Geschichte der Niederlande lernen, wo bereits in den neunziger Jahren die politische Konvention durchbrochen wurde und populistische politische Geschäftemacher wie Pim Fortuyn und Geert Wilders die Sorgen über Immigration und Integration mobilisierten.

Viele Beobachter in den Niederlanden meinen, dass deutsche Politiker jetzt den gleichen Fehler machen wie ihre niederländischen Kollegen zur Zeit des Aufstiegs von Pim Fortuyn in den 1990er Jahren. Nämlich so zu tun, als gäbe es kein Problem und Islamkritiker als moralisch verwerflich und / oder extrem rechts hinzustellen. Das glückte in den Niederlanden der 1980er Jahren noch, verlor jedoch an Kraft, als sich das politisch korrekte Denken nach dem Schock der Fatwa gegen die *Satanic Verses* von Rushdie 1989 langsam verflüchtigte.

Einflussreiche Artikel und Medienauftritte von politisch weit differierenden Publizisten wie Pim Fortuyn, Hirsi Ali und Paul Scheffer förderten die Vorstellung, während des Aufstiegs von Fortuyn hätten die Politiker die Stimme des Volkes ignoriert, mit dem Ergebnis, dass ein politischer Außenseiter wie Fortuyn den inzwischen bei Teilen der Bevölkerung freigewordenen und aufbrodelndem Unmut über die 'mislungene Integration' von Türken und Marokkanern in Wählerstimmen umsetzen konnte.

Die etablierten politischen Parteien, von den Liberalen auf der Rechten bis hin zu den Sozialisten auf der Linken, verloren ihre Legitimität bei Wählern, die wollten, dass wirkliche Integrationsprobleme benannt und angegangen würden. Den Ball, den sie liegen gelassen hatten, spielte erst Fortuyn und nach dessen Tod die *rechtspopulistische* PVV, unter Anführung des schnell radikalisierenden, ehemals liberalen Parlamentsabgeordneten Geert Wilders, der 'Zauberlehrling' des liberalen Fraktionschefs Bolkestein.

Es ist wahr, dass die etablierten politischen Parteien in den Niederlanden nicht besonders adäquat reagiert haben und nach den Morden an Fortuyn und Van Gogh wie gelähmte Kaninchen im blendenden Licht des Scheinwerfers des Wilderers sitzen geblieben sind.

Was immer man von Fortuyn halten mag, eine Analyse seiner Texte und seines politischen Hintergrunds zeigt, dass er zwar (wie Pegida jetzt) eine 'Islamisierung unserer Kultur' befürchtet und den Islam als zurückgebliebene Kultur hinstellt, aber er andererseits betont, dass Marokkaner und Türken dazu gehören, ob wir das nun mögen oder nicht.

Seine Kritik am Multikulturalismus war nicht selten hyperbolisch, was ihn jedoch nicht zu einem Rechtsextremen macht, eher zu einem Sozial-Konservativen, etwa mit Thilo Sarrazin vergleichbar. Was Wilders besonders in die Hand spielte, war die Diabolisierung von Fortuyn (und später von Wilders selbst) seitens der linken etablierten Parteien, so können wir heute feststellen.

Der Fehler, den die etablierten Parteien in jenen Jahren machten, ist nicht, dass sie nicht wagten, die Probleme zu benennen, jedoch vielmehr der, dass sie keine Gegenargumente fanden gegen das faktisch falsche, aber von Fortuyn sachkundig verkaufte Bild von der 'Linken Kirche', die verantwortlich sei für die Massenimmigration und die darauffolgende multikulturelle Politik sowie die danach wachsenden Integrationsprobleme.

Die Wirklichkeit, über die da geredet wurde, war aber ganz anders. Im Rückblick können wir sagen, dass der Zeitpunkt für eine Politik der Familienzusammenführung am Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre nicht gerade glücklich gewählt war. Dieser fiel nämlich zusammen mit einer langwierigen Rezession und Massenkündigungen in vielen Betrieben, in denen die Gastarbeiter jahrelang gearbeitet hatten. Außerdem war die jetzt so scharf kritisierte multikulturelle Integrationspolitik nicht von der Linken entworfen worden, sondern es waren die Parteien der rechten Mitte, die dafür in erster Instanz verantwortlich waren, was auch nicht weiter verwunderlich war, da diese Parteien fast während der gesamten achtziger Jahre an der Macht gewesen waren. Dennoch gingen linke Politiker im Büßergewand.

So machten sie sich, wie die Liberalen und die Christdemokraten, die Anti-Immigrations- und Anti-Islam-Rhetorik mehr und mehr zu eigen. In der, wie sich später herausstellen sollte, vergeblichen Hoffnung, Fortuyn und später auch Wilders den Wind aus den Segeln zu nehmen. Vergebens, weil ein Dezennium von wenig konstruktiver Polarisierung und politischer Instabilität herbeigeführt wurde.

Die etablierten Parteien in den Niederlanden hätten damals besser die Strohmännchen-Argumente von Fortuyn und anderer Integrationspessimisten wie einen Ballon durchstechen, die vorhandenen Probleme vermessen und wo nötig in Angriff nehmen sollen.

Wenn Deutschland jetzt, in der Pegida-Diskussion, etwas von den Niederlanden lernen kann, würden wir den deutschen Politikern raten, Pegida ernst zu nehmen, gleichzeitig aber nüchtern und grundsatztreu zu bleiben. Also kein Palaver ohne Ende über bedrohte Leitkultur und dem von dieser grundlegend abweichenden Charakter des Islam und der Muslime, sondern schlicht und ergreifend den Dialog mit Pegida-Anhängern zu führen, um

sie dazu zu bringen, ihre Ängste zu konkretisieren (in Dresden wohnen kaum Muslime), und das zu benennen, was in der deutschen Gesellschaft falsch ist, wenn nicht eingegriffen wird. Damit würden Politiker zeigen, dass man sie zu Unrecht als elitär abstempelt und dass sie sehr wohl vom 'Volk' gewählt worden sind.

Wenn Pegida wirklich gezwungen wird, die Hosen runter zu lassen, wird sich herausstellen, dass ein Teil des Unmuts auf irrationellen Ängsten, Vogelscheuchen und sachlichen Ungenauigkeiten beruht. Über andere Punkte wird es möglicherweise einen Konsens geben, und man kann dann sehen, wie sich konkrete Probleme effizient lösen lassen.

Der erste Schritt von Merkel, die fürs erste nicht mit den Wölfen im Walde heult, sondern klarmacht, dass sie die Definition des Problems (Islamisierung) nicht unterschreibt ('Der Islam gehört zu Deutschland'), zeugt von politischem Mut und Rückgrat.

Das gilt auch für die Berliner Demonstration am Abend des dreizehnten Januars am Brandenburger Tor auf Initiative des Zentralrats der Muslime, wo Joachim Gauck, Merkel zusammen mit Vertretern deutscher Juden und Muslimen gemeinsam aufgetreten sind. Dabei sollten sie und ihre Kollegen es jedoch nicht lassen. Wollen die etablierten Parteien verhindern, dass Rechtsextreme oder die *Alternative für Deutschland* sich des Integrationsthemas bemächtigen, ist ein offener Dialog mit den Pegida-Demonstranten unvermeidbar.

**Leo Lucassen** Forschungsleiter des Internationalen Instituts für Sozial Geschichte in Amsterdam und Professor am Institut für Geschichte der Universität von Leiden.

**Jan Lucassen** Honorary Fellow des IISG.

Vor Kurzem erschien ihr Buch *Gewinner und Verlierer. Fünf Jahrhunderte Immigration, eine nüchterne Bilanz* (Waxmann, Münster)